

Schlussverkauf?

Krankenhäuser, Schulen, Gemeinden

Abrissbirne über der Steiermark

Antrag auf Gebührenstopp bei der MVG

Ein von der KPÖ-Kapfenberg eingebrachter Antrag, dass die Zuständigen beim Verkehrsverbund einwirken sollen, dass die Fahrscheingebühren vorerst nicht weiter erhöht werden, wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Offenbar wünschen sich diese Parteien keinen leistbaren öffentlichen Verkehr.

Viele Steirerinnen und Steirer nutzen das schöne Bergwetter für Wanderungen. Gerade im Spätherbst kann man herrliche Aussichten genießen. Weniger gute Aussichten bringen die Belastungspakete der Landesregierung mit sich.



foto kommunistenbarbie

**Mehr aus dem
Gemeinderat:
Bruck und
Kapfenberg**

Seite 11 bis 14

Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417
oder 0676/6132771

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband

Donnerstag 14 - 17 Uhr
Freitag von 9 - 19 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend Österreichs -KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at
www.kjoe.at
Tel. 038 62/22 4 17



Aus dem Brucker Rathaus

Nachtragsvoranschlag 2011

Jedes Jahr beschließen die Gemeinderäte ein Budget für das kommende Jahr. Im folgenden Herbst wird dann meistens ein Nachtragsvoranschlag für das Budget in der Gemeinderatssitzung vorgelegt. Hintergrund dafür ist, dass es Budgetposten gibt, deren tatsächliche Kosten schwer vorzusehen sind.

Beispiele hierfür wären der Winterdienst oder die Wartung der Kinderspielplätze. Man kann schließlich schwer vorhersagen wie viel kaputt wird oder wie lang der Winter dauert. Auch die Sozialausgaben variieren von Jahr zu Jahr. Diese veränderten Zahlen schlagen sich im Nachtragsvoranschlag nieder.

In Bruck an der Mur nahm die Ausgliederung der Stadtwerke im Nachtragsvoranschlag einen großen Stellenwert ein. Man kann aber über diesen Voranschlag nicht jeden Punkt einzeln abstimmen, sondern muss ihn als Ganzes beschließen.

Deshalb konnte die KPÖ dem Nachtragsvoranschlag 2011 nicht zustimmen, wie unser Gemeinderat Jürgen Klösch erläuterte: „Ich war bis jetzt gegen diese Ausgliederung und deren Folgen, etwa bei der Änderung von Verträgen oder bei der Zusammensetzung der Geschäftsleitung. Daher musste ich auch hier konsequent sein und dagegen stimmen.“

Erstaunlich war die Vor-

gehensweise der ÖVP. In der vorangegangenen Gemeinderatssitzung warf sie eine heftige Diskussion auf über einen Zuschuss für die Wirtschaftsentwicklungs-GmbH Bruck-Oberaich. Sie stimmte damals gemeinsam mit dem Grün-Gemeinderat dagegen. In der letzten Gemeinderatssitzung war folglich die Darlehensaufnahme für diesen Zuschuss zu beschließen (in der Höhe von 600 000€). Dieses Darlehen schlägt sich aber im Nachtragsvoranschlag nieder. Die ÖVP stimmte für den Nachtragsvoranschlag. Sie stimmt also gegen den Zuschuss, hat aber nichts dagegen, dass selbiger im Budget auftaucht. Dieses inkonsequente Vorgehen kritisiert KPÖ-Gemeinderat Klösch: „Entweder ist man dafür oder dagegen. Vor allem wenn es um die finanzielle Abwicklungen geht. Hier gibt es von meiner kommunistischen Seite eine klare und ehrliche Linie.“

**fürchtet
euch nicht!**

KOMMENTAR



DIE WAHRHEIT

Von Gemeinderat Jürgen Klösch

in Richtung eines immer gleichen Programmes. Dies änderte sich auch beim letzten Kulturprogramm nicht und deswegen stimmte ich dagegen.

Immer wieder werde ich von Jugendlichen angesprochen, die sich bei mir beschwerten dass es zu wenige Jugendveranstaltungen gibt. Ich rechnete nach und kam zu folgendem Ergebnis: Von insgesamt 102 Veranstaltungen (25. März 2010 – 30. Juni 2011) gab es nur drei Jugendveranstaltungen(!), Klassikmusik-Veranstaltungen waren es 30 und Blasmusik- bzw. Volksmusikveranstaltungen gab es 20.

Hier fehlt mir die Ausgewogenheit. Ich finde, dass Volksmusik oder Klassik genauso wichtig sind wie Jugendmusik oder andere Veranstaltungen. Dies teilte ich auch in der Gemeinderatssitzung mit. Nach dieser Meinungsäußerung des Stadtrates Hofbauer in der SPÖ-Zeitung suchte ich ein Gespräch mit ihm. Auf meine E-Mail bekam ich bis heute keine Antwort. Ich werde also öffentlich mit Unwahrheiten angegriffen, ohne die Chance zu bekommen, dies in einem persönlichen Gespräch richtigzustellen. Das wäre aber der Herr Stadtrat Hofbauer seinen Wählern bzw. Kritikern zumindest schuldig.

Gemeinderat Jürgen Klösch:
Tel. 0664 / 793 4386

In der Brucker SPÖ-Zeitung (Nr. 2 2011) bekam ich aufgrund meines Abstimmungsverhaltens zum Kulturprogramm einen netten Artikel des Stadtrates Hofbauer gewidmet, der inhaltlich leider nicht ganz richtig ist.

Herr Hofbauer schrieb: „Seit seiner Tätigkeit als Gemeinderat, bei der er ausschließlich gegen unser Programm stimmte, habe ich Herrn Klösch überhaupt noch nie bei einer Kultur- oder Jugendveranstaltung gesehen. Er stimmt also über etwas ab, wovon er gar keine Ahnung hat – das wäre er aber zumindest seinen Wählern schuldig.“

Nun möchte ich diese Aussage richtig stellen. Seitdem ich Anfang 2010 im Gemeinderat bin, gab es insgesamt viermal ein Veranstaltungs-, Event- oder Kulturprogramm zu beschließen. Bei diesen Abstimmungen gab es zweimal eine Stimme **DAFÜR**, einmal eine **STIMMENTHALTUNG** und nur beim letzten Kulturprogramm meine **ABLEHNUNG**.

Das bedeutet, dass ich bei der Hälfte der Veranstaltungen dafür war. Als ich mich der Stimme enthielt, war dies ein Warnschuss

Nur Mut zum Verbot!

Die SPÖ Wien hat sich getraut. Das Kleine Glücksspiel wurde nun endlich verboten. In der Steiermark wurde dieser Schritt noch nicht gewagt. Einzig in Kapfenberg wurde der Antrag der KPÖ gegen das Glücksspiel einstimmig angenommen. In Bruck an der Mur wurde derselbe Antrag in den Stadtrat verwiesen. Die Spielsucht betrifft 60.000 Menschen in Österreich. Die Dunkelziffer ist viel höher. Dieses Problem gibt es auch in der Steiermark. Also nur Mut und versuchen wir dieses Problem zu bekämpfen. Ein Verbot des Kleinen Glücksspiels wäre der richtige Schritt in die richtige Richtung.

Jürgen Klösch (KPÖ Gemeinderat Bruck an der Mur)

Bericht aus dem Gemeinderat der Stadt Bruck/Mur vom 29.Sept. 2011

Die Gemeinderatssitzung am 29.September 2011 war geprägt von respektlosen Diskussionen, interessanten Antworten bzw. Sichtweisen und einem Abschied. Aber alles der Reihe nach!

Die Beantwortung meiner Frage zum Sportbuffet war ein Höhepunkt in dieser Sitzung. Ich fragte was die Stadt zu tun gedenkt wegen dem blöden Werbespruch des Sportbuffets (siehe nebenstehenden Artikel). Bürgermeister Rosenberger meinte, er sehe keinen Handlungsbedarf. Dieser Spruch sei aus einen Kinderlied und man ändere auch kein Kinderlied. Ich erinnere mich an meine Kindheit, wo es das Lied von den 10 kleinen Negerlein gab. Dieses Lied gilt in unserer heutigen Zeit als rassistisch und menschenverachtend. Dieses Beispiel soll als Denkanstoß dienen. Man kann auch etwas ändern, obwohl es ein Kinderlied ist.

Interessant waren auch die respektlosen Aussagen des Herrn Bürgermeister gegen mich und andere Gemeinderatskollegen (Bsp.: „Dem kann man nicht helfen“). Ob es meine Ablehnung gegen die Ausgliederung der Stadtwerke war oder meine Stimmenthaltung beim Nachtragsvoranschlag (NVA).

Ich möchte nur noch einmal hinzufügen, warum ich nicht für den NVA war. Ich verstehe, dass einige Dinge im Budget sehr schwer vorbilanziert werden können (Bsp.: Winterdienst, Sozialbereich, Instandhaltung von Spielplätzen usw.). Doch die Ausgliederung der Stadtwerke nimmt einen so großen Stellenwert im NVA ein, dass ich nicht dafür stimmen kann. Auch deswegen, weil man nicht die einzelnen Punkte beschließen kann, sondern nur den Nachtragsvoranschlag als Ganzes.

Zu guter Letzt möchte ich ein paar Worte zum Rücktritt des Finanzstadtrates Grill verlieren. Er war einer der wenigen Politiker im Gemeinderat, der sich durch seine respektvolle Art, Kompetenz, Ehrlichkeit und Freundlichkeit hervorgetan hat. Wir hatten politisch in diesem Jahr nicht viel miteinander zu tun, aber ich bedauere sein Ausscheiden. Ich wünsche ihm alles Gute und dem neuen Finanzstadtrat Koch nur das Beste!

In diesen Sinne:

**fürchtet
euch nicht!**

Gemeinderat Jürgen Klösch:
Tel. 0664 / 793 4386



Auch Bruck braucht Aktivcard

Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Vor rund 15 Jahren forderte die KPÖ im Bezirk erstmals die Einführung eines Aktivpasses für Personen mit einem geringen Einkommen.“ Seit 2008 gibt es die Aktivcard in Kapfenberg. Bruck wartet immer noch auf die Einführung



Blöder Werbespruch – Land sieht berechtigte Kritik der KPÖ

Das Sportbuffet Bruck im Freibad führte den Reim „Ob Steirabua oder Kongonega – das Sportbuffet kennt a jeda“ als Werbeslogan. Dieser Spruch ist diskriminierend und nicht zeitgemäß! Da das Freibad sich im Besitz der Stadt befindet, und diese entsprechend aktiv werden sollte, stellte KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch in der Gemeinderatssitzung vom 29.9.2011 eine Anfrage an Bürgermeister Rosenberger.

Dieser meinte, dass er den Besitzer kenne und dies nicht diskriminierend gemeint sei. Der Spruch sei aus einen Kinderlied zitiert worden und dieses ändere man auch nicht. Er sehe er keinen Handlungsbedarf.

„Es gab in der Vergangenheit viele alltägliche Begriffe oder Lieder die mit diskriminierenden Wörtern beschrieben worden waren (Bsp.: 10 kleinen Negerlein, das Negerbrot oder die Negerküsse). Diese Begriffe wurden jedoch alle geändert aufgrund eines geänderten gesellschaftlichen Miteinander“, wunderte sich Klösch über die Antwort des Bürgermeisters, und schrieb die für

Integration zuständige Landesrätin Bettina Vollath an. Von ihrer Abteilung kam nun eine Antwort, die die Sicht der KPÖ bestärkte. In einem Telefonat

wurde ihm mitgeteilt dass der Bürgermeister die Sache ähnlich sehe, und es nur zu einem Kommunikationsmissverständnis gekommen sei. Jedenfalls wurde zugesagt, dass es den unrühmlichen Werbespruch in Zukunft nicht mehr geben wird. „Ich bin froh darüber, dass diese Sache erledigt worden ist. Dass es ein Kommunikationsmissverständnis gewesen sei, sehe ich nicht so. Die Wortwahl des Herrn Bürgermeister war in der Gemeinderatssitzung sehr klar für mich. Ich hoffe auch, dass es ein Umdenken geben wird. Denn Bruck an der Mur verbindet die Menschen“ so Klösch.



Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Termine nach Vereinbarung!

Tel: 0676 / 61 32 771 oder 03862 / 22 417
Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

Rat & Hilfe – KPÖ Bruck - Kapfenberg

Aus dem Kapfenberger Rathaus



Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung
finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

**Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at



in Stadt
Land

kapfenberg
KPÖ

LESERBRIEF:

Folgender anonymer Leserbrief wurde uns zugestellt:

Nach dem Vorstoß für ein Kapfenbergweites Grillverbot auf öffentlichen Flächen, blamiert sich der 2.-Vizebürgermeister Reinhard Richter erneut auf seiner Parteiwebseite. Stein des Anstoßes? Ein Kebap-Laden in der Schmiedgasse.

Weil die Betreiber dort eine Sitzgelegenheit im Freien aufgestellt haben, ortet Richter unerträgliche Zustände. Es wäre nun erschwert möglich, dort den Gehsteig zu passieren. Nachmes-

sungen haben ergeben, dass die verbleibende Gehsteigbreite über 2m (gesetzlich vorgeschrieben sind 1,5 m) beträgt. (...)

Man fragt sich wirklich, ob die FPÖ so wenig Kontakt zu den Bürgern hat, dass sie die „Probleme“ an den Haaren herbeiziehen muss. So unterhaltsam das FPÖ-Kabarett in Kapfenberg auch ist, es kostet uns Steuerzahler leider eine schöne Stange Geld. 2. Vizebürgermeister schreibt man in Zukunft jedenfalls besser mit „W“ und „tz“.

KOMMENTAR

Lösungen finden!



GR Clemens Perteneder

Die sinnlosesten Anträge sind im Gemeinderat sind von der FPÖ gekommen.

Ob es nun ein Antrag ist, der gegen die Menschenrechtskonvention verstößt (Vergabe von Wohnungen nur an deutschsprachige Bürger, die die Sprachkenntnis „A2“ beherrschen), ein Antrag, bei dem nicht die Gemeinde, sondern die Bezirkshauptmannschaft zuständig ist (Sperrung einer Straße bei einer Veranstaltung), ein Antrag auf Grillverbot in Kapfenberg, Anträge, wo stattdessen auch ein Anruf im Gemeindeamt genügt hätte oder mehrere Anträge, die bei Einbringung schon längst erledigt waren. Sie alle waren entweder sinnlos oder umsonst. Und das sind nur einige Beispiele.

Als KPÖ Mandatar habe ich mich natürlich auch gegen jegliche Gebührenerhöhung gewandt. Ich habe bislang nur bei einer Gebührenerhöhung mitgestimmt, das war die Erhöhung der Abgaben auf Spielautomaten.

Ansonsten bin ich nicht dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger immer mehr zur Kasse gebeten werden.

Sei es die Abwasser- oder Müllgebühr, die sich bei den Betriebskosten auswirkt oder sind es Musikschul- oder Büchereigebühren. Sind es Schwimmbad- oder sonstige Gebühren, die KPÖ ist immer gegen eine Erhöhung.

Es wird ohnehin alles teurer.

Beim Öffentlichen Verkehr werden jedes Jahr die Tarife teurer. Strom, Gas und das Heizen überhaupt wird jährlich teurer.

Viele Menschen wissen gar nicht mehr, wie sie das alles bezahlen können.

Die Mehrheit in der Politik macht trotzdem alles immer teurer.

Bei mir suchen viele Menschen dann Rat und Hilfe.

Die Mindestsicherung hat dann den meisten Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, die nächste zusätzliche Verschlechterung gebracht.

Es gibt keine Sonderzahlungen mehr, die Wohnbeihilfe wird als Einkommen gerechnet. Das alles wurde aber vorher von Seiten der SPÖ geleugnet. Man hat sogar Inerate geschaltet, wo die Mindestsicherung als gute Sache angepriesen wurde, die 14 Mal ausbezahlt wird und wo weitere Beihilfen wie z.B. die Wohnbeihilfe, nicht als Einkommen gerechnet wird. Kein Wort davon hat gestimmt.

Jetzt pfeifen die Leute aus den letzten Löchern.

Ich berate diese Menschen bei unserer Mieter- und Sozialberatung.

Jeder und jede ist gerne eingeladen, sich bei mir zu melden.

Wir werden versuchen, eine Lösung zu finden.

**Die KPÖ sagt, was
andere verschweigen**



Radweg auf den Schirmitzbühel – Stadt soll endlich tätig werden!

Nach der endlich erfolgten Sanierung der Schirmitzbühelstraße erneuert die KPÖ ihre Forderung zur Errichtung eines Radweges auf den Schirmitzbühel. Aus der Stadt kommend ist die Anfahrt auf den Schirmitzbühel oft schwierig und gefährlich, da einerseits ein Befahren des Gehsteiges verboten ist, andererseits aber die Enge der Straße beziehungsweise das oft überhöhte Tempo der Autofahrer es Radfahrern unmöglich macht im Notfall auszuweichen. Auch wer aus Richtung Apfelmoar kommt, hat keine passende Möglichkeit, entlang der Schirmitzbühelstraße sicher bis zum Kreisverkehr zu gelangen. Viele Radfahrer nehmen daher teils größere Umwege in Kauf, etwa über die Pötschachgasse und die Carl-Morre-Straße. Von Westen kommend biegt auch so mancher Pedalritter in den Mühlwiesenweg ein, um den Schirmitzbühel quasi einmal zu umrunden, bevor man dann wiederum via Carl-Morre-Straße nach oben gelangt. Dass die Carl-Morre-Straße eigentlich eine Einbahnstraße ist, die man von unten herauf nicht befahren dürfte, stört zwar kaum jemanden, stellt aber trotzdem ein Problem dar. „Es kann nicht sein, dass viele Radfahrerinnen



„Der Reisende“ geht zu Fuß. Aber wo bleibt der Radweg auf den Schirmitzbühel?

und Radfahrer große Umwege in Kauf nehmen müssen, um sicher nach Hause oder in die Arbeit zu gelangen. Und viele Kinder und Jugendliche werden durch das Fehlen eines Radweges an diesen exponierten Stellen auch nicht gerade zum Radfahren ermutigt“ zeigt sich Jakob Matscheko (KPÖ) enttäuscht. Da größere bauliche Veränderungen am Aufwand und den Kosten scheitern zu drohen, schwebt der KPÖ die Markierung und Ausschilderung von Ausweichstrecken für die Radfahrer vor. So könnte man von Westen kommend bei der Kreuzung zur Parschlugerstraße eine Überführung für die Radfahrer ausschildern, um diese

so über die wenig befahrene Anton-Bruckner-Straße umzuleiten. Von Osten kommend könnte man bei der Kreuzung Zöllgrabenweg/Schirmitzbühelstraße ebenfalls eine Umleitung ausschildern, und die Radfahrer dann entweder über die Pötschachgasse und den für KFZ gesperrten Weg durch den Wald in die Brahmngasse, oder alternativ über die Carl-Morre-Straße auf den Schirmitzbühel leiten. Bei letzterer Variante müsste man nur die Einbahn für Radfahrer aufheben, wie das etwa in Bruck bei vielen Straßen der Fall ist. Von der Umsetzbarkeit dieses Konzeptes ist man bei der KPÖ überzeugt: „Nach einem Ge-

Keine Ausreden mehr!

Kommentar
von Jakob
Matscheko



Seit Jahren fordere ich nun schon die Errichtung eines Radweges auf den Schirmitzbühel. Von verschiedenen Stellen wurde mir Unterschiedliches mitgeteilt. Von „ist schon beschlossene Sache“ über „der Hang ist zu steil“ bis zu „geht nicht“ oder „zu teuer“ kamen die Antworten. Jetzt gäbe es aber die Möglichkeit, dieses sinnvolle Projekt unbürokratisch und ohne große Kosten zu verursachen umzusetzen. Die KPÖ hat Vorschläge gemacht, diese stehen zur Diskussion. Ich hoffe, dass die Stadtgemeinde über den Winter die Zeit nutzt, um an einer Verwirklichung zu basteln. Ausreden darf es jetzt wirklich keine mehr geben. Es ist längst an der Zeit, dass diese Lücke im Kapfenberger Radwegenetz geschlossen wird.

meinderatsbeschluss braucht es nur mehr ein paar Kübel Straßenfarbe, ein paar Hinweisschilder und eine entsprechende Ankündigung im Amtsblatt. Ein denkbar kleiner Aufwand mit großer Wirkung!“ gibt sich Matscheko zuversichtlich.

Kapfenberger Gemeinderat einstimmig gegen kleines Glücksspiel

KPÖ-Dringlichkeitsantrag angenommen

KPÖ-Gemeinderat Clemens Perteneder: „Das neue Glücksspielgesetz bringt gravierende Verschlechterungen beim sogenannten Kleinen Glücksspiel, andererseits haben die Bundesländer nun die Möglichkeit, dieses Automatenglücksspiel zu untersagen. Deshalb müssen wir Druck auf die Landesregierung ausüben.“

Spielsüchtige kosten die Gesellschaft durch Therapiekosten und allfälligen Strafvollzug we-

gen Beschaffungskriminalität viel Geld, das verursacht höhere Kosten als durch die Steuereinnahmen hereinkommen.

Die Einnahmen, die das Land durch Abgaben auf Automaten nach dem neuem Gesetz lukrieren kann, sind wesentlich geringer als die Folgekosten der explodierenden Spielsucht. Erst heuer hat eine Gallup-Studie darauf hingewiesen, dass in Österreich immer mehr Menschen dadurch ihre Existenz verlieren.

Die Steiermark ist bei den Automaten trauriger Spitzenreiter, diese Entwicklung darf das Land nicht fördern.

Dem Land Steiermark steht es nach der jetzigen Gesetzeslage frei, auf die Vergabe von Lizenzen für die Betreiber von Glücksspielautomaten zu verzichten. Das gibt dem Land Steiermark die Möglichkeit, dem Beispiel von Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu folgen und das „Kleine Glücksspiel“ ab 2015 zu verbieten.

Mit diesem Antrag fordert der Gemeinderat der Stadt Kapfenberg die Landesregierung auf, keine Bewilligungen nach § 5 Glücksspielgesetz zum Betrieb von Glücksspielautomaten zu erteilen.



Grillverbot? Manchen fehlt die Ernsthaftigkeit

Politiker sollten sich bei Problemen etwas einfallen lassen. Wenn zum Beispiel irgendwo in Kapfenberg ein Kanaldeckel oder eine Straßenlaterne kaputt ist, dann kann man in der Baudirektion der Gemeinde oder im Dienstleistungszentrum anrufen, und dann kümmert sich jemand um die Reparatur. Man könnte aber auch zweieinhalb Monate warten und den defekten Gulli in einer Sitzung des Gemeinderates thematisieren. Damit bringe ich zwar nichts weiter in der Stadt, und niemandem ist geholfen. Aber ich kann mich als großer Oppositionspolitiker aufspielen, kann sagen „denen hab ichs aber gezeigt“ oder kann mich damit brüsten, die tollsten oder die meisten Anträge im Gemeinderat gestellt zu haben.

Das Beispiel mit dem Kanaldeckel habe ich erfunden. Es ist aber nicht weit weg von der Wahrheit. Es gibt nämlich in Kapfenberg eine Partei, die ein Verständnis von Politik hat, welches sich nicht darum kümmert, dass etwas weitergeht, oder dass Probleme gelöst werden.

Man muss in der Politik nicht immer einer Meinung sein mit dem Gegenüber. Man kann seine Ansichten teilen oder verurteilen, kann für oder gegen eine Initiative sein. Aber Politik ist immer auch eine Frage des Stils. Wer unzählige Anträge stellt, nur um aufzufallen, der will offenbar kaschieren, wie wenig er selbst zustande bringt. Und wer Anträge einbringt, nur um in irgendwelchen Nachbarschaftsstreitereien jemandem einen Freundschaftsdienst zu erweisen, der hat den Sinn seines Mandates nicht erkannt. Vor allem dann nicht, wenn er sich über die Konsequenzen nicht im Klaren ist.

Wenn es mich zum Beispiel stört, dass mein Nachbar im Sommer ab und zu den Grillen anwirft, so könnte ich mit ihm darüber reden. Oder ich schreibe ihm einen Brief. Wenn ich dazu nicht in der Lage bin, sollte ich auch im Gemeinderat keinen Antrag dazu stellen. Dort sollte die Zeit für wichtigere Dinge genutzt werden.

Das Beispiel mit der Grillerei habe ich nicht erfunden. Die FPÖ Kapfenberg wollte und will tatsächlich das Grillen in Kapfenberg verbieten. Politiker sollten sich bei Problemen etwas einfallen lassen. Leider geht es vielen nur darum, irgendwie aufzufallen.

Jakob M.

Herzliche Einladung zu den Veranstaltungen der KPÖ

KEINE PANIK!

DAS SIND NUR EIN PAAR LANGWEILIGE GEDICHTE ÜBER DIE KRISE.

Franz Stephan Parteder und Christian Masser

Keine Panik, so nennt Franz Stephan Parteder seinen neuen Gedichtzyklus. Parteder hatte in den Siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit Mundart-Übersetzungen von Beatles- und Kinks-Liedern experimentiert. 1985 erschien der Gedichtband „Vandalen in der Märchengrottenbahn“. Nun, nach Jahren des Schweigens, ist er wieder literarisch tätig. Begleitet wird Parteder von Christian Masser (Gitarre).

Parteder und Masser präsentieren

BRUMMI UND BRUMMI

Superhits in Stereo – ein hitverdächtiges Truckerballaden-Medley.

Fr., 18.11.2011, 19:00

Franz Bair Heim, Feldgasse 8, Kapfenberg

bruck/kapfenberg **KPÖ**

Tel. 038 62 / 224 17

E-Mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kpoe-kapfenberg.at

Buchpräsentation „Angekommen“

Krise und Proteste in der Steiermark

Längst schon hat der Kampf um die Verteilung der Krisenlasten Europa erreicht. Von Athen bis Madrid richten sich die Proteste der Unterklassen gegen die Schuldiktatur von EU und IWF und die Ungleichverteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Und Österreich? Auch hierzulande sind Krise und Proteste angekommen. In der Steiermark sollte sich dies in den Haushaltsplänen der Landesregierung und dem dagegen einsetzenden Widerstand ausdrücken.

Die in diesem Band (Forum Stadtpark Verlag, 2011) versammelten Beiträge, Interviews und Stellungnahmen dokumentieren die Geschichte des Protests. Und sie zeigen

Handlungsmöglichkeiten auf; Spielräume im politischen Prozess, die da und dort innerhalb des Systems, letztlich jedoch nur in dessen Überwindung erfolgreich sein können.

Am 2.12. stellen die Herausgeber Leo Kühberger und Samuel Stuhlpfarrer das Buch in Kapfenberg vor.

Fr., 2.12.2011, 19:00

Franz Bair Heim, Feldgasse 8, Kapfenberg



SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at



zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler

